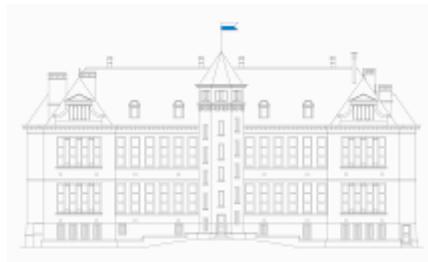


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

GROSSER REGIONENGFEL IN BRÜSSEL ZUR ZUKUNFT DER KOHÄSIONSPOLITIK

Auf einem Regionengipfel am 07.10.2010 in der Bayerischen Vertretung in Brüssel mit Europaministerin *Emilia Müller* haben 26 Regionalpräsidenten ein gemeinsames Positionspapier von 143 EU-Regionen zur Fortführung der Ziel 2-Förderung zur Regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung nach 2013 präsentiert und persönlich an Kommissionspräsident *José Manuel Barroso*, Regionalkommissar *Johannes Hahn*, den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (EP) *Rainer Wieland*, die Präsidentin des Ausschusses der Regionen (AdR) *Mercedes Bresso* sowie den Ministerpräsidenten der Wallonie *Rudy Demotte* als Vertreter der belgischen Ratspräsidentschaft überreicht. Aus Deutschland haben sich der Initiative auf Bitte von Ministerpräsident *Horst Seehofer* die Ministerpräsidenten der betroffenen Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein angeschlossen.

Mehr Informationen unter:

<http://www.bayern.de/Pressemitteilungen-1255.10326110/index.htm>

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER MINIPLENARSITZUNG VOM 06./07.10.2010 IN BRÜSSEL

In einer feierlichen Sitzung mit dem einzig demokratisch gewählten Ministerpräsidenten der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, *Lothar de Maizière*, und *Jacques Delors*, dem ehemaligen Präsidenten der Kommission, erinnerte das EP an den 20. Jahrestag der deutschen Einigung am 03.10.1990. Anlässlich des Internationalen Tags gegen die Todesstrafe am 10.10.2010, sprach sich das EP gegen die Todesstrafe aus und forderte ein Moratorium für Hinrichtungen. Aus bayerischer Sicht von besonderem Interesse waren die beiden Resolutionen zur Fortführung der Kohäsionspolitik, einschließlich des für Bayern maßgeblichen Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“, sowie des Europäischen Sozialfonds nach 2013. Das EP stimmte dem Kommissionsvorschlag für eine Aufhebung der Visumpflicht für Albanien und Bosnien-Herzegowina zu. Im Vorfeld der großen UN-



Konferenz über die biologische Vielfalt in Nagoya (Japan) forderte das EP mehr Einsatz und Führung der EU im Bereich der Biodiversität. Weiter verlangten die Abgeordneten eine Verschärfung der Regeln für die Sicherheit der Ölförderung und Entschädigung im Fall von ausgeflossenem Öl, wie der Ölteppich im Golf von Mexiko. Die Forderung nach einem Moratorium für neue Tiefseebohrungen wurde hingegen fallen gelassen (s. auch die Berichte aus den Ressorts).

Weiterführende Information unter:

http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/008-84709-274-10-40-901-20101001FCS84628-01-10-2010-2010/default_de.htm

VORSTOSS FÜR INTELLIGENTE RECHTSETZUNG

Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* hat am 08.10.2010 einen neuen Ansatz zur Verbesserung der Gesetzgebung als Teil der EU 2020-Strategie vorgestellt. Dabei sollen alle Auswirkungen einer Richtlinie oder Verordnung systematisch während des gesamten Gesetzgebungs- und Umsetzungsprozesses untersucht werden, insbesondere auch die Wirkungen von wesentlichen Änderungen von EP oder Rat an dem Kommissionsvorschlag. Dies soll eine gemeinsame Aufgabe aller am politischen Willensbildungsprozess der EU beteiligten Akteure sein. Außerdem sollen sich Bürger und Interessenvertreter früher in den Meinungsbildungsprozess auf europäischer Ebene einbringen können. Dazu soll die Frist für öffentliche Anhörungen vor der Abfassung von Gesetzgebungsvorschlägen ab 2012 von acht auf zwölf Wochen verlängert werden. Zudem will die Kommission verstärkt die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit beachten und hat den entsprechenden Bericht für das Jahr 2009 angenommen.

Mitteilung der Kommission:

http://ec.europa.eu/governance/better_regulation/documents/com_2010_0543_de.pdf

ERSTMALS SUBSIDIARITÄTSRÜGE ERHOBEN

Auf Initiative des Freistaates Bayern hat der Bundesrat am 24.09.2010 beschlossen, von dem mit dem Vertrag von Lissabon neu eingeführten Recht der Subsidiaritätsrüge erstmalig Gebrauch zu machen und den Kommissionsvorschlag zur Neugestaltung der Einlagensicherungssysteme zurückzuweisen. Diesem Votum hat sich der Bundestag am 07.10.2010 angeschlossen. Aus



Sicht des Bundesrates und des Bundestages nimmt der Kommissionsvorschlag zu wenig Rücksicht auf die Eigenheiten der nationalen Bankensysteme und könnte eine Verschlechterung für die deutschen Sparer bedeuten.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 07./08.10.2010: INNENPOLITIK

- Kommission: Inbetriebnahme von SIS II erst 2013 – Zusatzkosten der Mitgliedstaaten sollen von EU gedeckt werden
- Verzögerung auch beim VIS – Inbetriebnahme im Juni 2011
- Bericht über die Arbeit am gemeinsamen europäischen Asylsystem
- Richtlinienvorschläge zur Einwanderung (Saisonarbeiter, konzernintern Entsandte) grundsätzlich begrüßt, Kritik im Detail
- Präsidentschaft will Mandate für Verhandlung über PNR-Abkommen mit Australien, Kanada und den USA im Dezember beschließen
- Gespräche mit Libyen über Zusammenarbeit im Bereich Migration
- Beschlüsse ohne Debatte (A-Punkte): Abschluss des Rückübernahmeabkommens EU-Pakistan, Unterzeichnung eines gegenseitigen Visabefreiungsabkommens mit Brasilien.

KOMMISSION LEGT BERICHT ÜBER ANWENDUNG DES SCHENGENER GRENZKODEX VOR

Die Kommission hat den vom Schengener Grenzkodex vorgesehenen Anwendungsbericht vorgelegt und dabei drei Problembereiche benannt: Beschwerden über regelmäßige und systematische Kontrollen in Grenzgebieten, Fortbestand von Hindernissen/Geschwindigkeitsbegrenzungen an Straßenübergängen und verspätete Information über vorübergehende Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0554:FIN:DE:PDF>

EP-PLENUM BILLIGT MIT GROSSER MEHRHEIT VISABEFREIUNG FÜR BÜRGER ALBANIENS UND BOSNIEN-HERZEGOWINAS

Das EP hat die Änderung der Visalistenverordnung 539/2001 gebilligt. Dadurch würden Bürger Albaniens und Bosnien-Herzegowinas von der Visapflicht



befreit. Die abschließende Entscheidung wird der Rat voraussichtlich am 08.11.2010 treffen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0349+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-13>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 07./08.10.2010 IN LUXEMBURG

Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der Kinderpornographie

Europäische Schutzanordnung

Recht auf Belehrung in Strafsachen

Angenommene Rechtsakte (A-Punkte)

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/116982.pdf

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT AM 11./12.10.2010 IN LUXEMBURG: EU-PATENT

Am 11.10.2010 behandelte der Wettbewerbsfähigkeitsrat das Sprachenregime für das geplante EU-Patent, ohne die nach Art. 118 Abs. 2 AEUV notwendige Einstimmigkeit erzielen zu können. Die Verhandlungen werden weiter fortgesetzt.

FÜNF JAHRE EUROPÄISCHE VERBRAUCHERZENTREN

Das Europäische Verbraucherzentrum (EVZ) hat anlässlich seines fünfjährigen Bestehens am 12.10.2010 einen Bericht über seine Arbeit veröffentlicht.

http://ec.europa.eu/consumers/ecc/index_en.htm

<http://uk.theshoppingassistant.com/>

ENTWURF ZU ACTA VORGELEGT

Der Abschluss text für ein internationales Anti-Piraterie-Abkommen (ACTA) wurde veröffentlicht; dieses Abkommen will die weltweite Durchsetzung von Patent- und Markenrechten verbessern.

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/october/tradoc_146699.pdf



Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES INFORMELLEN ECOFIN-RATES AM 30.09./01.10.2010

Entsprechend dem informellen Charakter der Sitzung des ECOFIN-Rates am 30.09./01.10.2010 wurden weder Ratsbeschlüsse gefasst noch förmliche Schlussfolgerungen getroffen. Um das Vertrauen in den Bankensektor wiederherzustellen, sollen künftig regelmäßig Bankenstresstests durchgeführt und deren Ergebnisse veröffentlicht werden. Kommissar *Barnier* stellte drei Dokumente zum Stand der Finanzmarktrefürmen in der EU, in den USA, in Japan sowie in wichtigen Schwellenländern (siehe nachfolgende Links) vor. Im ECOFIN-Rat war man sich einig, dass wichtige Finanzmarktrefürmen - wie insbesondere auch die Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen durch das Basel III-Regelwerk - möglichst gleichzeitig in den wichtigsten Volkswirtschaften der Welt umgesetzt werden müssen. Über die Besteuerung des Finanzsektors (Finanztransaktionssteuer bzw. Finanzaktivitätssteuer) und die Einführung einer Bankenabgabe gibt es nach wie vor keine Einigung.

http://ec.europa.eu/commission_2010-

[2014/barnier/docs/news/2010/g20_roadmap/100923-note_en.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/barnier/docs/news/2010/g20_roadmap/100923-note_en.pdf)

http://ec.europa.eu/commission_2010-

[2014/barnier/docs/news/2010/g20_roadmap/101001-impl-table_en.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/barnier/docs/news/2010/g20_roadmap/101001-impl-table_en.pdf)

http://ec.europa.eu/commission_2010-

[2014/barnier/docs/news/2010/g20_roadmap/101001-eu-us-impl-table_en.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/barnier/docs/news/2010/g20_roadmap/101001-eu-us-impl-table_en.pdf)

MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR BESTEUERUNG DES FINANZ- SEKTORS

Die EU-Kommission hat am 07.10.2010 eine Mitteilung zur Besteuerung des Finanzsektors veröffentlicht. Sie hält eine koordinierte Vorgehensweise bei der zusätzlichen Besteuerung des Finanzsektors für notwendig, um größere Verlagerungen von Finanzaktivitäten und Doppelbesteuerung zu vermeiden. Im Ergebnis hält die Kommission die Einführung einer Finanztransaktionssteuer nur auf globaler Ebene für sinnvoll. Eine Finanzaktivitätssteuer, die Gewinne und Gehälter bei Finanzinstituten besteuert, hält sie dagegen auch für die Einführung auf EU-Ebene für geeignet. Die Kommission wird eine eingehende Folgenabschätzung einleiten, um die beiden in der Mitteilung dargelegten Optionen zur Besteuerung des Finanzsektors eingehender zu prüfen. Die Diskussion bleibt damit sowohl für eine Finanzaktivitätssteuer als auch für eine Fi-



finanztransaktionssteuer offen. Derzeit besteht aber eine klare Präferenz der Kommission für die Finanzaktivitätssteuer.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/com_2010_0549_en.pdf

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/sec_2010_1166_en.pdf

EINRICHTUNG EINER NEUEN ARBEITSGRUPPE FÜR STEUERFRAGEN

Der für Steuern zuständige Kommissar *Algirdas Šemeta* hat eine neue politische Arbeitsgruppe Steuerfragen gebildet. Diese soll sich in einer längerfristigen Perspektive mit strategischen und grundsätzlichen steuerpolitischen Fragen sowie mit der Koordinierung der Steuerpolitik auf EU-Ebene befassen. Daneben sollen in der Arbeitsgruppe vertiefte Diskussionen über konkrete steuerpolitische Vorhaben wie die Besteuerung des Finanzsektors, eine einheitliche konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage oder die neue Mehrwertsteuer-Strategie geführt werden. Die Arbeitsgruppe soll zudem bereits im Vorfeld einen Meinungsaustausch über geplante Kommissionsvorschläge ermöglichen. Sie wird voraussichtlich im vierteljährlichen Turnus tagen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1312&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=de>

KOMMISSION FORDERT DEUTSCHLAND AUF, DISKRIMINIERENDE VORSCHRIFTEN ZUR ORGANSCHAFT AUFZUHEBEN

Die Kommission hat Deutschland am 30.09.2010 förmlich aufgefordert, die aus Sicht der Kommission diskriminierenden Vorschriften zur Organschaft aufzuheben. Sie beanstandet, dass ein nach dem Gesellschaftsrecht eines anderen Mitgliedstaates gegründetes Unternehmen mit statuarischem Sitz im Ausland und Geschäftsleitung in Deutschland den für deutsche Unternehmen geltenden Grundsatz der Steuereinheit (Organschaft) nicht in Anspruch nehmen könne, obwohl es in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sei. Damit entgehen ihm mögliche steuerliche Vorteile, die sich aus dem Ausgleich von Gewinnen und Verlusten zwischen Tochterunternehmen und Konzernmutter ergeben können. Dies stellt nach Auffassung der Kommission einen Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit dar. Wenn die Kommission binnen zweier Monate keine aus ihrer Sicht zufriedenstellende Antwort erhält, kann sie den EuGH anrufen.



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1253&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

RAT NIMMT NEUFASSUNG DER VERORDNUNG ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT DER VERWALTUNGSBEHÖRDEN UND DIE BETRUGSBEKÄMPFUNG AUF DEM GEBIET DER MEHRWERTSTEUER AN

Der Rat hat am 07.10.2010 die Neufassung der Verordnung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer förmlich angenommen. Ziel der Neufassung ist die Verbesserung der Möglichkeiten zur Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetruges durch verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den nationalen Steuerverwaltungen. Die Annahme der Verordnung war nach der bereits beim ECOFIN-Rat am 08.06.2010 erzielten politischen Einigung eine reine Formsache. Die wesentliche Neuerung ist die Einrichtung eines Netzwerks von nationalen Beamten (EUROFISC), mit dem Mehrwertsteuerbetrug besser aufgedeckt und bekämpft werden soll.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/116920.pdf

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:268:0001:0018:DE:PDF>

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUR ÜBERARBEITUNG DER EIGENKAPITALRICHTLINIEN

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hatte am 12.09.2010 eine deutliche Verschärfung der bestehenden Eigenkapitalanforderungen für Finanzinstitute bekannt gegeben („BASEL III“; siehe näher EB 15/2010). Die Kommission will die notwendigen Legislativvorschläge zur Überführung der Baseler Beschlüsse in EU-Recht (Eigenkapitalrichtlinien, „CRD IV“) im ersten Quartal 2011 vorlegen. Das EP hat am 07.10.2010 mit einer Entschließung seine Vorstellungen zur anstehenden Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinien bereits dargelegt. Eine zentrale Forderung des EP ist die Berücksichtigung der kumulativen Auswirkungen von höheren Eigenkapitalanforderungen und anderen Regulierungsmaßnahmen. Die Kommission soll zudem die Auswirkungen der neuen Eigenkapitalanforderungen auf die Realwirtschaft bewerten. Um international gleiche Wettbewerbsbedingungen – insbesondere auch im Verhältnis zu den



USA – herzustellen, müssen die neuen Standards weltweit und einheitlich angewandt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0354+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

GRÜNBUCH DER KOMMISSION ZUM WEITEREN VORGEHEN IM BEREICH DER ABSCHLUSSPRÜFUNG

Die Kommission hat am 13.10.2010 ein Grünbuch mit dem Titel „Weiteres Vorgehen im Bereich der Abschlussprüfung: Lehren aus der Krise“ veröffentlicht. Damit wird eine breit angelegte Konsultation gestartet. Es sollen die im Zuge der Finanzkrise zum Vorschein getretenen Schwächen im Abschlussprüfungssektor näher untersucht werden und mögliche Reformansätze eruiert werden. Die Kommission möchte u. a. prüfen, ob Abschlussprüfer wirklich unabhängig arbeiten und ob sich aufgrund der starken Konzentration des Abschlussprüfungsmarkts auf wenige sehr große Gesellschaften Risiken ergeben. Um einen echten Binnenmarkt für Abschlussprüfungen zu schaffen, soll das Konzept eines „Europäischen Passes für Abschlussprüfer“ geprüft werden. Die Konsultation läuft noch bis 08.12.2010. Am 10.02.2011 wird die Kommission eine Konferenz zum Thema Abschlussprüfung ausrichten. Über etwaige Folgemaßnahmen und Vorschläge der Kommission soll im Jahr 2011 im Anschluss an die Konsultation entschieden werden.

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/docs/2010/audit/green_paper_audit_de.pdf

POSITION DES HAUSHALTAUSSCHUSSES DES EP ZUM EU-HAUSHALT 2011

Der Rat hatte sich bereits im August 2010 auf eine Position zum EU-Haushalt 2011 verständigt. Die Zahlungsermächtigungen sollen aus Sicht des Rates 126,5 Mrd. € betragen (Kommissionsvorschlag: 130,1 Mrd. €), die Verpflichtungsermächtigungen 141,8 Mrd. € (Kommissionsvorschlag: 142,6 Mrd. €). Am 07.10.2010 hat der Haushaltsausschuss des EP seine Position zum EU-Haushalt 2011 festgelegt. Der Haushaltsausschuss unterstützt – bezogen auf den Gesamtbetrag der Zahlungs- und Verpflichtungsermächtigungen - im Wesentlichen den Kommissionsvorschlag. Damit weicht der Haushaltsausschuss von der bisherigen Praxis ab, mit seinen Vorschlägen deutlich über die Kommissionsvorschläge hinauszugehen. Allerdings stellt der Ausschuss zusätzli-



che Forderungen für die Zeit nach 2011 auf. Hierzu gehören u. a. die Anhebung der Obergrenzen im geltenden mehrjährigen Finanzrahmen und eine konkrete Diskussion über neue Eigenmittel für die EU. Im Plenum wird sich das EP in der Sitzungswoche vom 18. - 21.10.2010 mit dem EU-Haushalt 2011 befassen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/116151.pdf

AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG IM EP: ANNAHME EINES INITIATIVBERICHTS ZUR VERBESSERUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN STEUERUNG UND DES STABILITÄTSRAHMENS DER EU, VOR ALLEM IN DER EURO-ZONE

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung im EP hat am 05.10.2010 einen Initiativbericht zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung und des Stabilitätsrahmens der EU, vor allem in der Euro-Zone, angenommen. Der Ausschuss unterstützt im Wesentlichen die von der Kommission am 29.09.2010 vorgestellten Legislativvorschläge zur wirtschaftspolitischen Steuerung, fordert die Kommission aber auch auf, mögliche Änderungen des Lissabon-Vertrages zu prüfen. Daneben plädiert der Ausschuss u. a. für die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds und für die Ausgabe von EU-Anleihen. Im Plenum wird sich das EP in der Sitzungswoche vom 18. - 21.10.2010 mit dem Initiativbericht befassen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101004IPR84970>

EUGH BESTÄTIGT AUTOMATISCHE BEENDIGUNG DES ARBEITSVERHÄLTNISSSES BEI ERREICHEN DES RENTENALTERS

Der EuGH hat mit Urteil vom 12.10.2010 die in deutschen Tarifverträgen vorgesehene Regelung bestätigt, nach der das Arbeitsverhältnis automatisch endet, wenn der Beschäftigte das Rentenalter erreicht. Zwar stelle eine solche Klausel eine unmittelbar auf dem Alter beruhende Ungleichbehandlung dar. Diese Ungleichbehandlung sei aber gerechtfertigt, weil sie den Arbeitnehmern Planungssicherheit und den Arbeitgebern eine gewisse Flexibilität in der Personalplanung biete. Die Regelung diene dem Ausgleich zwischen divergierenden legitimen Interessen im Rahmen der komplexen Beziehungen des Arbeitslebens und sei eng mit den politischen Entscheidungen im Bereich Ruhestand und Beschäftigung verknüpft.



<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-10/cp100103de.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

GRÜNBUCH UND KONSULTATION ZUR REGULIERUNG VON ABSCHLUSSPRÜFUNGEN

Die Kommission hat am 13.10.2010 ein Grünbuch mit dem Titel „Weiteres Vorgehen im Bereich der Abschlussprüfung: Lehren aus der Krise“ veröffentlicht. Damit wird zugleich eine breit angelegte Konsultation gestartet. Es sollen im Zuge der Finanzkrise zum Vorschein getretene Schwächen im Abschlussprüfungssektor näher untersucht und mögliche Reformansätze eruiert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1325&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EP VERLANGT BESSERE KOHÄSIONSPOLITIK NACH 2013

Das Plenum des EP hat am 07.10.2010 eine Entschließung zur Kohäsions- und Regionalpolitik für die Zeit nach 2013 verabschiedet (Berichterstatterin *Danuta Hübner*, EVP). Darin unterstreicht es die Bedeutung der Regionalpolitik für die Erreichung der Agenda 2020-Ziele und die Notwendigkeit einer adäquaten Finanzausstattung auch in der Zukunft. Es betont aber auch, dass es sich um einen unabhängigen Politikbereich handele, in dessen Rahmen Synergien zwischen allen Politikbereichen möglich seien.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20101006IPR85250+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

KOMMISSION LEGT LEITINITIATIVE „INNOVATIONSUNION“ ALS TEIL DER EUROPA-2020-STRATEGIE VOR

Am 06.10.2010 legte die Kommission mit der „Innovationsunion“ die dritte von insgesamt sieben angekündigten Leitinitiativen unter dem Dach der Europa-2020-Strategie vor. Zielrichtung der „Innovationsunion“ ist es, durch eine europaweite Innovationspolitik die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Innovation soll dabei auf gesellschaftliche Großherausforderungen wie Klimawandel,



Ressourcenknappheit oder demographischen Wandel ausgerichtet sein.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1288&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EP BETONT VIELZAHL OFFENER FRAGEN BEI DER UMSETZUNG DER EIGENKAPITALANFORDERUNGEN FÜR BANKEN (BASEL III) IN UNIONSRECHT

Das Plenum des EP hat in einer Entschließung am 07.10.2010 erheblichen Abstimmungsbedarf bei der Änderung der Eigenkapitalrichtlinien (CRD 4) im Hinblick auf die neuen Eigenkapitalanforderungen für Banken (Basel III) angemahnt. Es folgt damit dem Votum des Wirtschaftsausschusses. Die neuen Standards dürften das Wirtschaftswachstum nicht behindern und müssten global gleiche Wettbewerbsbedingungen gewährleisten. Berichterstatter war *Othmar Karas* (AUT, EVP).

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101006IPR85262>

BUNDESRAT UND BUNDESTAG BESCHLIESSEN SUBSIDIARITÄTSRÜGE ZUR REFORM DER EINLAGENSICHERUNGSSYSTEME

Nachdem am 24.09.2010 bereits der Bundesrat auf Initiative Bayerns eine Subsidiaritätsrüge gegen den Kommissions-Vorschlag einer Reform der Einlagensicherungssysteme befürwortet hat, schloss sich am 08.10.2010 nun auch der Bundestag an. Durch die weitreichenden Auswirkungen der Kommissions-Vorschläge auf den gesamten Bankensektor in Deutschland werde zu stark in die nationalen Entscheidungs- und Handlungskompetenzen eingegriffen.

http://www.bundesrat.de/cln_179/nn_6906/DE/presse/pm/2010/131-2010.html?_nn=true

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/032/1703239.pdf>

TAG DER BAYERISCHEN WIRTSCHAFT IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG AM 05./06.10.2010 MIT PODIUMSDISKUSSION ZUR SICHERHEIT DER ENERGIE- UND ROHSTOFFVERSORGUNG

Am 05. und 06.10.2010 fand in der Bayerischen Vertretung in Brüssel der erste Tag der Bayerischen Wirtschaft statt, den die Vertretung in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) veranstaltete.

<http://www.bayern.de/Veranstaltungen-.1417.10326236/index.htm>



KOMMISSION WILL EINE INTELLIGENTE RECHTSSETZUNG SICHERSTELLEN

Die Kommission hat am 08.10.2010 die Mitteilung zu intelligenter Regulierung („smart regulation“) vorgestellt, welche die Agenda für bessere Rechtssetzung weiterführt. Die Kommission kündigt darin an, dass sie künftig während des gesamten Prozesses der Erstellung bis zur Überarbeitung einer Rechtsnorm deren Wirkung prüfen und evaluieren wird, d. h. auch ex post. Ebenso richtet sie ihr Augenmerk auf die Umsetzung von Normen, weshalb sie auch die Mitgliedstaaten auffordert, die Umsetzung und Anwendung von Unionsrecht zu überprüfen und so zur Steigerung der Qualität der Rechtssetzung beizutragen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1296&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSIONSVORSCHLAG FÜR SICHERHEITS- UND UMWELTVORSCHRIFTEN FÜR MOTORRÄDER

Die Kommission hat am 04.10.2010 einen Verordnungsentwurf mit Sicherheits- und Umweltvorschriften für Motorräder vorgelegt. Wichtigste Neuerungen zur Verbesserung der Sicherheit sind ein verpflichtendes Antiblockiersystem für große und mittlere Motorräder sowie Scheinwerfer, die sich beim Starten des Motors automatisch einschalten. Darüber hinaus werden Grenzwerte für CO₂-Emissionen vorgeschlagen. Betroffen sind Motorräder der Kategorie „L“. Diese umfasst neben Motorrädern mit und ohne Beiwägen auch Mopeds, Dreiräder, Mini-Cars und Quads.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1270&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EU UND SÜDKOREA UNTERZEICHNEN FREIHANDELSABKOMMEN

Der EU-Handelskommissar *Karel de Gucht*, der belgische Außenminister *Steven Vanackere* als Vertreter der Ratspräsidentschaft und der koreanische Handelsminister *Kim Jong-hoon* haben am 06.10.2010 ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Südkorea unterzeichnet. Mit diesem Abkommen fallen nach Ablauf von Übergangsfristen fast 99 % aller Einfuhrzölle für Industrie- und Handelsgüter sowie viele nichttarifären Handelshemmnisse weg. Die EU-Exporteure sollen dadurch nach Inkrafttreten jährlich 1,6 Mrd. € einsparen können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1292&format=>



[HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en](#)

KOMMISSION SCHLÄGT REGELUNG DES ZUGANGS ZUM „PUBLIC REGULATED SERVICE“ (PRS) DES SATELLITENNAVIGATIONSSYSTEMS GALILEO VOR

Die Kommission hat am 08.10.2010 einen Vorschlag zur Regulierung des „öffentlich-regulierten Dienstes“ des sich im Aufbau befindlichen europäischen Satellitennavigationssystems Galileo vorgelegt. Dabei handelt es sich um einen stark verschlüsselten Dienst, über den Nutzer auch dann noch lebenswichtige und oft lebensrettende Informationen bekommen, wenn auf andere Infrastrukturen nicht mehr zurückgegriffen werden kann. Der Zugang zu PRS wird auf autorisierte staatliche Stellen beschränkt sein.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1301&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EP-HAUSHALTSAUSSCHUSS: KÜRZUNG DES FINANZBEITRAGS DER EU BEI FUSIONSREAKTOR „ITER“ FÜR 2011

Am 04.10.2010 verabredete der Haushaltsausschuss des EP, die finanzielle Beteiligung an den Zusatzkosten für den Fusions-Versuchsreaktor ITER (Cadarache, Südfrankreich) 2011 um 47 Mio. € zu verringern. Aufgrund von Kostensteigerungen hatte die Kommission dem Ausschuss im Haushaltsentwurf Mehrausgaben von 351 Mio. € vorgeschlagen, die der Ausschuss auf 304 Mio. € reduzierte. Unterstützung für dieses Signal zur verlässlicheren Kalkulation kam auch aus dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (MdEP *Dr. Chatzimakakis*, ALDE). Hintergrund ist die Steigerung von im Jahr 2001 ursprünglich veranschlagten Gesamtkosten von 6 Mrd. € auf mittlerweile ca. 16 Mrd. €.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2010-6841&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK NACH 2013

Aus der Kommission wurde ein interner Mitteilungsentwurf mit dem Titel „The CAP towards 2020: meeting the food, natural resource and territorial



challenges of the future“ bekannt. Danach soll die zukünftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) aus einer „grüneren“ und fairer verteilten ersten Säule sowie einer zweiten Säule bestehen, bei der vermehrt Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, Klimawandel und Umwelt im Fokus stehen. In dem Mitteilungsentwurf werden drei grobe politische Optionen, die auf dem Zwei-Säulen-Modell basieren, skizziert. Der Text geht noch in die Inter-Service-Konsultation zur Abstimmung zwischen den Dienststellen der EU-Kommission. Vor der offiziellen Mitteilung der Kommission, die für den 17.11.2010 vorgesehen ist, sind daher noch Änderungen möglich.

EUROPÄISCHE LANDWIRTE FORDERN FAIRE UND STABILE EINKOMMEN

Auf dem diesjährigen Kongress der europäischen Landwirte, der am 06.10.2010 zu Ende ging, appellierten COPA (Ausschuss der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen) und COGECA (Allgemeiner Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften) an die EU-Entscheidungsträger, die Wettbewerbskraft der europäischen Landwirtschaft zu stärken und eine starke Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2013 zu ermöglichen. Die Landwirte und deren Genossenschaften könnten einen wichtigen Beitrag zu den Herausforderungen der Zukunft, wie etwa Nahrungsmittelsicherheit, Stabilität und Klimawandel, leisten. Der beste Weg dies zu erreichen sei jedoch, den Landwirten faire Einkommenschancen am Markt zu ermöglichen.

http://www.farmerscongress.eu/index_de.html

EVP ZUR GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK NACH 2013

Die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft müsse verbessert werden, unter Berücksichtigung der zunehmenden Bedeutung der Nahrungsmittelsicherheit und des Umweltschutzes. Dies ist der Inhalt eines Positionspapiers, das am 28.09.2010 von der Europäischen Volkspartei (EVP), der größten politischen Partei auf europäischer Ebene, vorgestellt wurde. Das zehnteilige Papier mit dem Titel „Die Zukunft der GAP- wettbewerbsfähig und nachhaltig“ wurde in Anwesenheit des EU-Agrarkommissars *Dacian Cioloș* und des österreichischen Landwirtschaftsministers *Niki Berlakovich* (Vorsitzender der EVP Agrarministertreffen) vorgestellt.

<http://www.32462857769.net/EPP/e-PressRelease/PDF/CAPdoc.pdf>



AGRARAUSSCHUSS UNTERSTÜTZT VERLÄNGERUNG DES DEUTSCHEN BRANNTWEINMONOPOLS

Der Agrarausschuss des EP unterstützt den Vorschlag der Kommission, das Branntweinmonopol über das Jahr 2010 hinaus zu verlängern. Die Debatte am 29.09.2010 im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung verlief einvernehmlich. Es wurde lediglich ein Änderungsantrag verabschiedet, der sicherstellt, dass der jährliche verpflichtende Bericht Deutschlands über das Funktionieren des Monopols von der Kommission auch an das EP und den Rat übermittelt wird. Berichterstatter war der italienische Vorsitzende des Agrarausschusses MdEP *De Castro*.

Entwurf der Tagesordnung des Agrarausschusses:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/agri/oj/830/830849/830849de.pdf

Pressemitteilung *Albert Deß*, MdEP:

<http://albert-dess.de/hp559/Pressemitteilungen.htm?ITServ=Ce6f057bX12b7b946739X4c67>

GAP VORERST NICHT ALS DRUCKMITTEL ZUR DEFIZIT-SANKTIONIERUNG VERWENDET

Das Konzept, den Haushalt der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) als Druckmittel zur Sanktionierung von EU-Mitgliedstaaten mit übermäßigen Defiziten zu verwenden, wurde aufgrund rechtlicher Beschränkungen nicht in die Liste der Legislativvorschläge zur wirtschaftlichen Steuerung („Economic Governance“) aufgenommen. Nach Veröffentlichung der neuen Vorschriften für nicht-konforme Mitgliedstaaten der Eurozone am 29.09.2010, haben Beamte der Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen (GD ECFIN) dargestellt, dass die Idee zur Aussetzung oder Aufhebung der Erstattung von Agrarbeihilfen aus dem EU-Haushalt zu rechtlichen Problemen führen würde. Begründet wurde dies mit der „fortlaufenden Natur“ des momentanen GAP-Rahmens bis 2013.

http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/eu_economic_situation/2010-09-eu_economic_governance_proposals_en.htm

SCHROBENHAUSENER SPARGEL EUROPaweit GESCHÜTZT

Wenige Monate nach dem Hallertauer Hopfen ist jetzt auch der Schrobenhau-



sener Spargel europaweit geschützt. Die EU-Kommission hat nach siebenjährigem Prüfverfahren die geographische Angabe „Schrobenhausener Spargel“ in das europäische Register regionaltypischer Spezialitäten aufgenommen. Damit darf künftig nur Spargel aus dem rund 900 Hektar großen Anbaugebiet in den Landkreisen Neuburg-Schrobenhausen, Aichach-Friedberg und Pfaffenhofen an der Ilm so bezeichnet werden. Bereits 18 andere typisch bayerische Spezialitäten sind europaweit als „geschützte geographische Angabe“ eingetragen. Dazu zählen unter anderem der „Allgäuer Bergkäse“, „Bayerisches Bier“, „Nürnberger Bratwürste“, „Bayerischer Meerrettich“ oder auch der „Hallertauer Hopfen“.

Verordnung:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:266:0044:0045:DE:PDF>

http://ec.europa.eu/agriculture/quality/index_de.htm

Wichtige Informationen zu über 200 regionaltypischen Spezialitäten und zum EU-Herkunftsschutz:

www.spezialitaeten.bayern.de

ERGEBNISSE ZUR EU FLÄCHENNUTZUNG VERÖFFENTLICHT

Wälder und waldähnliche Gebiete bedecken fast 40 % der EU-Fläche, Ackerland fast ein Viertel und Grünland (=Grasland) ein weiteres Fünftel, während 4 % bebaut sind (inklusive künstlich angelegter Flächen mit Verkehrswegen wie Straßen und Eisenbahnschienen). Sozio-ökonomisch werden 40 % der Fläche für Landwirtschaft und fast 30 % für Forstwirtschaft genutzt. Die Fläche, die für Siedlungen, für kommerzielle und industrielle Zwecke genutzt wird, macht lediglich etwas mehr als 10 % der Gesamtfläche der EU aus. Diese Daten wurden zum ersten Mal von Eurostat, dem statistischen Büro der EU, veröffentlicht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/145&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

KOMMISSION ZUR FERNERKUNDUNG IN DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK

Während der Sitzung des Sonderausschusses Landwirtschaft (SAL) am 04.10.2010 bedauerten einige EU-Länder die Einschränkungen des derzeitigen



gen Fernerkundungssystem, welches zur Anbauüberwachung genutzt wird und welches Daten zur Erntemittlung liefert. Zypern kritisierte, dass ihr Territorium nicht vom System erfasst wird. Finnland befürwortete eine Ausweitung des Systems auf die Haferproduktion. In dem Bericht über die „Umsetzung des Einsatzes der Fernerkundung“ teilt die Kommission mit, dass das System generell gut funktioniert. Die meisten der SAL-Delegationen teilten diese Analyse. Das System (agrar-meteorologisches Modell, niedrigauflösende Satellitenbilder) vereinfacht die Überwachung der Produktion von Getreide, Ölsaaten, Zuckerrüben und Kartoffeln. Die durchschnittlichen jährlichen Kosten sind relativ niedrig und belaufen sich laut Kommission auf 1,5 Mio. €.

EU VERFEHLT TROTZ FORTSCHRITTEN BIODIVERSITÄTSZIELE FÜR 2010

Am 08.10.2010 veröffentlichte die Kommission einen Bericht zur Bewertung der Durchführung des Aktionsplans zur Biodiversität, in dem erwartungsgemäß bestätigt wird, dass die EU trotz enormer Fortschritte ihr Gesamtziel verfehlt hat, den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 aufzuhalten. Dennoch hat der Aktionsplan entscheidend zum Verständnis der Hauptursachen für den Biodiversitätsverlust beigetragen und außerdem die biologische Vielfalt auf die politische Tagesordnung gesetzt.

Bericht (und Landesprofil für Deutschland):

http://ec.europa.eu/environment/nature/biodiversity/comm2006/bap_2010.htm

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/environment/nature/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

EP-PLENUM VOM 06.-07.10.2010: ENTSCHEIDUNG ZUR ZUKUNFT DES EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS ANGENOMMEN

Das EP hat am 07.10.2010 eine EntschlieÙung über die Zukunft des Europäischen Sozialfonds (ESF) angenommen. In ihrer Resolution fordern die EP-Abgeordneten eine Stärkung des Fonds, da es sich bei diesem Instrument um „die wichtigste treibende Kraft im Rahmen der Europa 2020-Strategie“ handle. Die Effizienz des ESF hänge davon ab, dass er den Problemen Rechnung



trage, die infolge der lokalen und territorialen Besonderheiten auftreten. Die Parlamentarier befürworteten „einen maßgeschneiderten regionalen Ansatz (Bottom-up) bei der Ermittlung der Ziele“. Zudem solle der ESF innerhalb des Rahmens der Kohäsionspolitiken verbleiben, allerdings mit eigenen Regeln ausgestattet werden. Zuvor führten die Abgeordneten im Beisein von EU-Sozialkommissar *László Andor* und EU-Regionalkommissar *Johannes Hahn* eine ausführliche Plenardebatte. Die Resolution steht vor dem Hintergrund des für November 2010 von der Kommission angekündigten 5. Berichts zur Kohäsionspolitik.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=//EP//TEXT+TA+20101007+TOC+DOC+XML+V0//DE>

KOMMISSION STELLT VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND ZUR PRAXIS DER ARBEITNEHMERENTSENDUNG EIN

Die Kommission hat am 30.09.2010 mitgeteilt, ein von ihr gegen Deutschland wegen Diskriminierung ausländischer Bauunternehmen laufendes Vertragsverletzungsverfahren einzustellen. Die Bundesregierung hatte sich nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) im Januar 2010 bereit erklärt, bestimmte Verfahren zu beenden, die die Entsendung polnischer Arbeitnehmer nach Deutschland beschränken. Die Kommission hatte zuvor beanstandet, dass die 1990 zwischen Deutschland und Polen geschlossene bilaterale Vereinbarung zur Ausführung von Werkverträgen in Deutschland gegenüber in anderen Mitgliedstaaten ansässigen Unternehmen in diskriminierender Weise angewandt worden sei, indem nur deutsche Unternehmen die Ausführung von Werkverträgen an polnische Unterauftragnehmer weitervergeben durften. Diese Auslegung war nach Auffassung der Kommission mit den EU-Vorschriften zur Dienstleistungsfreiheit bzw. dem Beitrittsvertrag unvereinbar.

http://ec.europa.eu/internal_market/services/principles_de.htm

EUGH: BEENDIGUNG DES ARBEITSVERHÄLTNISSSES BEI ERREICHEN DES RENTENALTERS NICHT NOTWENDIG DISKRIMINIEREND

Die automatische Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei Erreichen des Rentenalters eines Beschäftigten stellt nicht notwendig eine Diskriminierung dar. Zu diesem Ergebnis kam der EuGH mit seinem Urteil vom 12.10.2010 (Rechtssache C-45/09). In Deutschland ergibt sich aus dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, mit dem u.a. die EU-Richtlinie zur Gleichbehand-



lung in Beschäftigung und Beruf (2000/78/EG) umgesetzt wurde, dass Klauseln, nach denen das Arbeitsverhältnis automatisch endet, wenn der Beschäftigte das Rentenalter erreicht, dem Verbot von Diskriminierungen entzogen sein können. Den Sozialpartnern ist es nach deutschem Recht erlaubt, solche Klauseln in Tarifverträgen vorzusehen. Nach der Rechtsprechung des EuGH steht die EU-Richtlinie einer Klausel über die automatische Beendigung von Arbeitsverhältnissen bei Erreichen des Rentenalters nicht entgegen.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-10/cp100103de.pdf>

EUGH: GESCHLECHT ALS RISIKOFAKTOR IN VERSICHERUNGSVERTRÄGEN NACH SCHLUSSANTRAG VON GENERALANWÄLTIN MIT EU-RECHT NICHT VEREINBAR

In Versicherungsverträgen das Geschlecht des Versicherten als Risikofaktor zu berücksichtigen, ist nach Auffassung der Generalanwältin am EuGH, *Juliane Kokott*, nicht mit den Unionsgrundrechten vereinbar. Die Anwendung von auf dem Geschlecht beruhenden versicherungsmathematischen und statistischen Faktoren bildete einen Verstoß gegen das Verbot der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. In ihren am 30.09.2010 vorgelegten Schlussanträgen in der Rechtssache C-236/09 schlägt sie dem Gerichtshof vor, entsprechende Ausnahmebestimmungen in der EU-Richtlinie 2004/113/EG zur „Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen“ für ungültig zu erklären.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-09/cp100093de.pdf>

EUGH: GERICHTSHOF BESTÄTIGT FRANZÖSISCHE REGELUNGEN ZUR KOSTENERSTATTUNG FÜR AUSLANDSBEHANDLUNGEN

Mit Urteil vom 05.10.2010 (Rechtssache C-512/08) hat der Gerichtshof der Europäischen Union eine Vertragsverletzungsklage der Kommission gegen Frankreich abgewiesen und damit französische Rechtsvorschriften zur Erstattung von Kosten für eine geplante Gesundheitsbehandlung in einem anderen Mitgliedstaat mit dem Gemeinschaftsrecht für vereinbar erklärt (s. Beitrag aus dem Geschäftsbereich des StMUG).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi->



bin/form.pl?lang=de&jurcdj=jurcdj&newform=newform&docj=docj&docop=docop&docnoj=docnoj&typeord=ALLTYP&numaff=&ddatefs=28&mdatefs=9&ydatefs=2010&ddatefe=5&mdatefe=10&ydatefe=2010&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100&Submit=Rechercher

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

EUROPÄISCHER RECHNUNGSHOF VERÖFFENTLICHT PRÜFBERICHT ZUM EU-BILDUNGSPROGRAMM LEONARDO DA VINCI

Der Europäische Rechnungshof hat einen Prüfbericht veröffentlicht, in dem Konzeption und Verwaltung des EU-Mobilitätsprogramms für den Bereich der beruflichen Bildung „Leonardo da Vinci“ analysiert werden. In dem Bericht mit dem Titel „Lassen Konzeption und Verwaltung der Mobilitätsmaßnahmen des Programms Leonardo da Vinci wirksame Ergebnisse zu?“ bemängelt der Rechnungshof u.a., dass die Kommission zwar mit der Einrichtung eines umfassenden Systems zur Messung der Auswirkungen des Programms begonnen, diese Entwicklung aber nicht abgeschlossen habe. Vor diesem Hintergrund gibt der Rechnungshof eine Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung des Systems ab. Da das Einzelprogramm Leonardo Teil des umfassenden Programms für Lebenslanges Lernen ist, gelten nach Aussage des Rechnungshofs viele Feststellungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen für das Programm als Ganzes.

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/5382732.PDF>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

KOMMISSION LEGT LEITINITIATIVE „INNOVATIONSUNION“ ALS TEIL DER EUROPA 2020-STRATEGIE VOR

Am 06.10.2010 legte die Kommission mit „Innovationsunion“ die dritte von insgesamt sieben angekündigten Leitinitiativen unter dem Dach der Europa 2020-Strategie vor. Zielrichtung der „Innovationsunion“ ist es, durch eine europaweite Innovationspolitik die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Der strategische Fokus soll künftig auf gesellschaftlichen Großherausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenknappheit oder demographischem Wandel liegen.



Die Kommission verfolgt dabei einen ganzheitlichen Ansatz, der Investitionen in Hochtechnologieinfrastruktur, die Verbreiterung der Wissensbasis und Finanzmarktinstrumente genauso einschließt wie „soziale Innovationen“. Insgesamt werden 34 einzelne Vorhaben und Initiativen vorgeschlagen, sodass die „Innovationsunion“ den Charakter eines umfangreichen Rahmenarbeitsprogramms hat. Ergänzt wird die eigentliche Mitteilung durch drei Anhänge: einen Fragenkatalog zur Selbsteinschätzung der Innovationsfähigkeit für die Mitgliedstaaten; einen „Leistungsanzeiger“ für Forschung und Innovation, der v.a. auf wirtschaftlichen Indikatoren beruht und mit dem künftig alljährlich der Fortschritt der Mitgliedstaaten gemessen werden soll; schließlich ein Konzept für sog. Europäische Innovationspartnerschaften.

Kommissionsseite zur „Innovationsunion“:

<http://ec.europa.eu/innovation-union>

EP: FINANZBEITRAG DER EU BEI FUSIONSREAKTOR „ITER“ WIRD FÜR 2011 REDUZIERT

Am 04.10.2010 verabredete der Haushaltsausschuss des EP, die finanzielle Beteiligung an Zusatzkosten für den Fusions-Versuchsreaktor ITER in 2011 um 47 Mio. € zu verringern. Aufgrund von Kostensteigerungen hatte die Kommission dem Ausschuss im Haushaltsentwurf Mehrausgaben von 351 Mio. € vorgeschlagen, die der Ausschuss auf 304 Mio. € reduzierte. Unterstützung für dieses Signal zur verlässlicheren Kalkulation kam auch aus dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (MdEP *Chatzimarkakis*). Hintergrund ist die Steigerung von im Jahr 2001 ursprünglich veranschlagten Gesamtkosten von 6 Mrd. € auf mittlerweile ca. 16 Mrd. €.

Antwort der Kommission vom 04.10.2010 auf eine parlamentarische Anfrage:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2010-6841&language=DE>

BESUCH DES AUSSCHUSSES FÜR HOCHSCHULE, FORSCHUNG UND KULTUR DES BAYERISCHEN LANDTAGS IN BRÜSSEL

Vom 04. - 06.10.2010 besuchte der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur des Bayerischen Landtags europäische Institutionen in Brüssel. Die Mitglieder des Ausschusses trafen dabei Abgeordnete des EP, hohe Beamte der Kommission und Vertreter von Einrichtungen aus dem EU-Umfeld. Gesprächsthemen waren aktuelle Fragen aus allen Arbeitsbereichen des Aus-



schusses, u. a. der Bologna-Prozess, die künftige Gestaltung des EU-Forschungsrahmenprogramms, Frequenzpolitik sowie Kulturförderung einschließlich der Unterstützung für die Kultur- und Kreativwirtschaft.

Struktur des bisherigen 7. Forschungsrahmenprogramms:

<http://www.forschungsrahmenprogramm.de/frp-struktur.htm>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 06. - 07.10.2010: ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT UND GESUNDHEIT

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat auf seiner Tagung vom 06. - 07.10.2010 in Brüssel u.a. eine Entschließung zum Schutz der Artenvielfalt für die kommende UN-Konferenz vom 18. - 29.10.2010 in Nagoya (Japan) verabschiedet.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0353+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

TAG DER BAYERISCHEN WIRTSCHAFT IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG AM 05./06.10.2010 MIT PODIUMSDISKUSSION ZUR SICHERHEIT DER ENERGIE- UND ROHSTOFFVERSORGUNG

Am 05. und 06.10.2010 fand in der Bayerischen Vertretung der erste „Tag der Bayerischen Wirtschaft“ in Brüssel statt, den die Vertretung in Zusammenarbeit mit dem Verband der Bayerischen Wirtschaft (vbw) veranstaltete. U.a. wurde dabei im Rahmen der Podiumsdiskussion mit dem Thema „Energie- und Rohstoffversorgung – Basis für erfolgreiches Wirtschaften“ die aktuelle Rohstoffinitiative und –politik der EU diskutiert (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://www.bayern.de/Veranstaltungen-.1417.10326236/index.htm>

EU ERREICHT IHRE KYOTO-ZIELE FRÜHER ALS GEPLANT

Die Kommission hat am 12.10.2010 ihren Jahresbericht zur Verringerung der Treibhausgasemissionen (Progress towards achieving the Kyoto objectives, SEC(2010)1204 final) veröffentlicht. Danach wird die EU ihr Kyoto-Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2012 gegenüber 1990 um 8 % zu reduzieren, bereits früher als geplant erreichen. Die Europäische Umweltagentur (EUA) hatte am 12.10.2010 ebenfalls einen ersten Bericht veröffentlicht (s. EB 15/2010 und



11/2010), aus dem hervorgeht, dass die 27 Mitgliedstaaten auf gutem Weg sind, das Ziel einer CO₂-Reduktion um 20 % bis 2020 zu erfüllen.

Jahresbericht der Kommission:

http://ec.europa.eu/environment/climat/gge_progress.htm
http://air-climate.eionet.europa.eu/docs/ETCACC_TP_2010_4_EU_GHG_Inv2009.pdf

Bericht der EUA:

<http://www.eea.europa.eu/publications/progress-towards-kyoto/>

EU VERFEHLT TROTZ FORTSCHRITTEN BIODIVERSITÄTSZIELE FÜR 2010

Am 08.10.2010 veröffentlichte die Kommission einen Bericht zur Bewertung der Durchführung des Aktionsplans zur Biodiversität, in dem erwartungsgemäß bestätigt wird, dass die EU trotz enormer Fortschritte ihr Gesamtziel verfehlt hat, den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 aufzuhalten. Dennoch hat der Aktionsplan entscheidend zum Verständnis der Hauptursachen für den Biodiversitätsverlust beigetragen und außerdem die biologische Vielfalt auf die politische Tagesordnung gesetzt.

Bericht (und Landesprofil für Deutschland):

http://ec.europa.eu/environment/nature/biodiversity/comm2006/bap_2010.htm

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/environment/nature/index_en.htm

LEITLINIEN FÜR BERGBAUAKTIVITÄTEN IN NATURA 2000 GEBIETEN

Am 04.10.2010 hat die Generaldirektion Umwelt der Kommission neue Leitlinien zur Präzisierung der Regelungen für die Industrie bei nichtenergetischen mineralgewinnenden Aktivitäten innerhalb von Naturschutzgebieten des „Natura 2000“ - Netzes veröffentlicht. Die Leitlinien „Non-energy mineral extraction and Natura 2000“ beziehen sich auf die möglichen Auswirkungen von Bergbauaktivitäten auf die Natur und die Artenvielfalt, wobei untersucht wird, wie daraus entstehende Gefahren minimiert bzw. gänzlich vermieden werden können. Für den Fall, dass Mineralvorkommen in Natura 2000 Gebieten liegen, werden die am besten anzuwendenden Abbauerfahren festgelegt, die nachhaltig sind und die Integrität des biologischen Netzwerks nicht stören.

Guidance Document – Non-energy mineral extraction and Natura 2000:

http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/docs/nee_i_n2000_guidance.pdf



Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/environment/nature/index_en.htm

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/sustainable-supply/index_de.htm

KONFERENZ ZUM WELT-OSTEOPOROSE-TAG IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG

Am 12.10.2010 luden das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, die Osteoporose-Interessengruppe im EP, die Internationale Osteoporose Stiftung (IOF) und der Belgian Bone Club anlässlich des Welt-Osteoporose-Tages am 20.10.2010 zu einer Konferenz in der Bayerischen Vertretung in Brüssel ein. Die Referenten aus Medizin und Politik verfolgten mit der Veranstaltung das Ziel, mehr Aufmerksamkeit für die „stille Krankheit“ Osteoporose zu wecken. In einer von *Prof. Karsten Dreinhöfer* (Charité Universitätsmedizin, Berlin) moderierten Podiumsdiskussion wurde deutlich, wie wichtig vorbeugende Maßnahmen bereits bei Kindern und Heranwachsenden sind. Außerdem wurden die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte bei den Behandlungsmöglichkeiten gewürdigt. Die Gäste hatten Gelegenheit, sich im Rahmen der Fotoausstellung „snap! the breaking spine“ über die Krankheit und deren Auswirkungen zu informieren sowie ihre Knochendichte vor Ort messen zu lassen.

GERICHTSHOF BESTÄTIGT FRANZÖSISCHE REGELUNGEN ZUR KOSTENERSTATTUNG FÜR AUSLANDSBEHANDLUNGEN

Mit Urteil vom 05.10.2010 hat der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) eine Vertragsverletzungsklage der Kommission gegen Frankreich abgewiesen und damit französische Rechtsvorschriften zur Erstattung von Kosten für eine geplante Gesundheitsbehandlung in einem anderen Mitgliedstaat mit dem Gemeinschaftsrecht für vereinbar erklärt (Rechtssache C-512/08).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&jurcdj=jurcdj&newform=newform&docj=docj&docop=docop&docnoj=docnoj&typeord=ALLTYP&numaff=&ddatefs=28&mdatefs=9&ydatefs=2010&ddatefe=5&mdatefe=10&ydatefe=2010&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100&Submit=Rechercher>



„INNOVATIONSUNION“ – EINE DER LEITINITIATIVEN VON EUROPA 2020

Am 06.10.2010 hat die Kommission mit der „Innovationsunion“ die dritte von insgesamt sieben Leitinitiativen der Europa 2020-Strategie vorgelegt. Zielrichtung der „Innovationsunion“ ist es, durch eine europaweite Innovationspolitik die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Der strategische Fokus soll künftig auf gesellschaftlichen Großherausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenknappheit oder demographischem Wandel liegen. Die Kommission verfolgt dabei einen ganzheitlichen Ansatz, der Investitionen in Hochtechnologieinfrastruktur, die Verbreiterung der Wissensbasis und Finanzmarktinstrumente genauso einschließt wie „soziale Innovationen“. Insgesamt werden 34 einzelne Vorhaben und Initiativen vorgeschlagen. Mit den Europäischen Innovationspartnerschaften sollen die gesellschaftlichen Großherausforderungen angegangen werden. Ziel der für 2011 geplanten Pilotpartnerschaft „Aktivität und Gesundheit im Alter“, bei der öffentliche und private Akteure zusammenarbeiten sollen, ist es, bis 2020 den Anteil an gesunden Lebensjahren um durchschnittlich zwei Jahre zu erhöhen (siehe auch Beitrag des StMWFK in diesem EB).

<http://ec.europa.eu/innovation-union>

SCHROBENHAUSENER SPARGEL EUROPaweIT GESCHÜTZT

Wenige Monate nach dem Hallertauer Hopfen ist jetzt auch der Schrobenhäuser Spargel europaweit geschützt. Die Kommission hat nach siebenjährigem Prüfverfahren die geographische Angabe „Schrobenhäuser Spargel“ in das europäische Register regionaltypischer Spezialitäten aufgenommen. Damit darf künftig nur Spargel aus dem rund 900 Hektar großen Anbaugebiet in den Landkreisen Neuburg-Schrobenhausen, Aichach-Friedberg und Pfaffenhofen an der Ilm so bezeichnet werden. Bereits 18 andere typisch bayerische Spezialitäten sind europaweit als „geschützte geographische Angabe“ eingetragen. Dazu zählen unter anderem der „Allgäuer Bergkäse“, „Bayerisches Bier“, „Nürnberger Bratwürste“, „Bayerischer Meerrettich“ oder auch der „Hallertauer Hopfen“ (s. Beitrag des StMELF in diesem EB).

Verordnung:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:266:0044:0045:DE:PD>

F



http://ec.europa.eu/agriculture/quality/index_de.htm

Wichtige Informationen zu über 200 regionaltypischen Spezialitäten und zum EU-Herkunftsschutz:

www.spezialitaeten.bayern.de

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

INFORMELLER RAT DER MINISTER FÜR AUDIOVISUELLE MEDIEN AM 08.10.2010 IN BRÜSSEL FORDERT GLOBALEN UND KOHÄRENTEN ANSATZ ZUR FÖRDERUNG DER FILMWIRTSCHAFT

Am 08.10.2010 tagten in Brüssel die Minister aller Mitgliedstaaten für audiovisuelle Medien, um über die Zukunft der politischen Maßnahmen zur Unterstützung des europäischen Kinos zu diskutieren. Hintergrund ist die für 2012 anstehende Überarbeitung der Mitteilung zur Filmwirtschaft, der sog. „Kino-Mitteilung“ aus dem Jahre 2001, in der von der Kommission Eckpunkte für genehmigte Beihilfen im Filmbereich vorgegeben werden. Die Unterstützung umfasst nicht der Filmproduktion vor – bzw. nachgelagerte Bereiche. Dies soll sich nach dem Willen der Minister nunmehr künftig ändern, entsprechend der von der Kommission bereits häufig selbst praktizierten Ausdehnung auf diese bisher nicht erfassten Bereiche. Deutschland wurde vertreten von Staatsminister *Neumann*, Bundesratsvertreter und Wortführer war Staatsminister *Schneider*.

<http://www.fffb.be/>

<http://www.europarl.de/view/de/Aktuell/pr-2010/Aktuell-2010-Juni/Aktuell-2010-Juni-21.html>

<http://www.eutrio.be/>

MITTEILUNG DER KOMMISSION ZU DEN CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN DER DIGITALISIERUNG FÜR DAS EUROPÄISCHE KINO

Die Kommission informierte die Ratsarbeitsgruppe Audiovisuelle Medien am 06.10.2010 über die wesentlichen Punkte der am 24.09.2010 veröffentlichten Mitteilung zu den Chancen und Herausforderungen der Kinodigitalisierung. Im Wesentlichen geht es in dem Papier um eine Darstellung der derzeitigen Entwicklung im Bereich europäischer Kinos sowie der Möglichkeiten, Gefahren und Kosten im Zuge der Kinodigitalisierung. Außerdem enthält die Mitteilung eine Strategie, um europäische Kinos beim Übergang in die digitale Ära zu



unterstützen. Der belgische Ratsvorsitz plant hierzu die Verabschiedung von Ratschlussfolgerungen im Rat Audiovisuelle Medien am 18.11.2010.

<http://ec.europa.eu/culture/media/index.en.htm>

<http://ec.europa.eu/culture/media/programme/overview/consultations/index.en.htm>

EUROPARAT: MINISTERKOMITEE VERABSCHIEDET ERKLÄRUNG ZUR NETZWERKNEUTRALITÄT

Unter maßgeblicher Beteiligung Bayerns für die deutschen Länder hat sich das Ministerkomitee des Europarats am 29.09.2010 auf einen von den im Experten Ausschuss für neue Medien vertretenen Mitgliedstaaten erarbeiteten Empfehlungsentwurf zur Netzwerkneutralität geeinigt.

http://www.coe.int/t/dghl/standardsetting/media/Doc/CM_en.asp

KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR VERLÄNGERUNG UND NEUMANDATIERUNG DER EUROPÄISCHEN AGENTUR FÜR NETZ- UND INFORMATIONSSICHERHEIT (ENISA)

Die Kommission hat am 30.09.2010 Maßnahmen zur Stärkung und Modernisierung der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) vorgelegt. Die Verordnungsvorschläge betreffen zum Einen eine Verlängerung des zum März 2011 auslaufenden Mandats der Agentur um weitere 18 Monate und zum Anderen eine Neumandatierung für die nächsten fünf Jahre. Die Verlängerungsverordnung soll die Weiterexistenz von ENISA bis zur Neumandatierung sichern.

<http://ec.europa.eu/culture/media/index.en.htm>

<http://ec.europa.eu/culture/media/programme/overview/consultations/index.en.htm>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/459&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EP: DER AUSSCHUSS FÜR KULTUR UND BILDUNG VERABSCHIEDET ENTSCHEIDUNGSENTWURF ZUR ZUKUNFT DES DUALEN RUNDFUNK-SYSTEMS IM DIGITALEN ZEITALTER

Am 28.09.2010 verabschiedete der Ausschuss für Kultur und Bildung im Europäischen Parlament ein Entschließungsentwurf „Über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im digitalen Zeitalter: die Zukunft des dualen Systems“. Der Bericht



wurde von *Ivo Belet* (BE/EVP) erarbeitet und soll im EP-Plenum am 22.11.2010 beschlossen werden.

<http://www.europarl.europa.eu/oeil/FindByProcnum.do?lang=2&procnum=INI/2010/2028>

DIGITALE AGENDA: EUROPÄISCHE KOMMISSION LEGT FRANKREICH UND SPANIEN NAHE, AUF DIE ERHEBUNG VON „TELEKOM-STEUERN“ ZU VERZICHTEN

Am 30.09.2010 hat die Kommission den Entschluss gefasst, Spanien und Frankreich aufzufordern, die von ihnen eingeführte Abgabe abzuschaffen, welche Telekommunikationsbetreibern seit der Beseitigung der Bezahlwerbung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen auferlegt wurde. Der Kommission zufolge sind die „Telekom-Steuern“ mit dem EU-Telekommunikationsrecht nicht in Einklang zu bringen. Die Betroffenen erhielten die Anordnungen in Form einer mit Gründen versehenen Stellungnahme als erste Stufe des EU-Vertragsverletzungsverfahrens; sie haben zwei Monate Zeit, der Kommission Bericht zu erstatten, welche Schritte sie anstreben, um dem EU-Telekommunikationsrecht Folge zu leisten. Andernfalls kann die Kommission nach Ablauf der Frist den EuGH anrufen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1211&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>